

allen möglichen Stellen beim Schulbuch gefordert wurde. Es bedurfte vieler Eingaben, zahlreicher Verhandlungen mit den zuständigen Behörden, um diese davon zu überzeugen, daß ohne entsprechende Entlastung in den Aufkosten die Preise ohne Gefährdung des Bestands des Schulbuchverlags nicht gesenkt werden könnten. Im Oktober machte sich sogar die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung der Vereinigung der Schulbuchverleger notwendig. Aber es gelang, dank dem Zusammenhalten der Mitglieder der Vereinigung, die besondere vorzeitige Senkung der Schulbücher zu vermeiden, so daß diese erst in die allgemeine Preissenkung durch die vierte Notverordnung einbezogen zu werden brauchten.

Der Landkartenverlag verzeichnet einen Rückgang von einem Drittel des Vorjahrsumsatzes. Einige bedeutende Firmen sind in Schwierigkeiten geraten; die meisten haben starke Betriebseinschränkungen vorgenommen oder Teile des Betriebes ganz stillgelegt.

Noch schlimmer sieht es im Kunstverlag aus, auf dem unter allen Verlagsgattungen die Absatzkrise am schwersten lastet.

Beim Musikverlag war der Ausfall auf dem Gebiete der Musikalien stärker als auf dem der Musikkunstliteratur. Um die Hausmusikpflege durch Preiserhöhung nicht noch mehr zu drohen, hatte sich der Musikverlag schon von jeher in der Preisstellung trotz gesteigener Herstellungskosten große Beschränkung auferlegt und im allgemeinen die Vorkriegspreise beibehalten. Das hatte zur Folge, daß Musikalien, soweit für sie noch Vorkriegspreise galten, von den Bestimmungen der vierten Notverordnung nicht mit voller Schärfe getroffen wurden und daß für sie auf Grund eines an das Reichswirtschaftsministerium gerichteten Antrags nur eine Senkung von 5 v. H. erforderlich wurde. Der Absatz von Musikalien leidet aber außer unter den allgemeinen Gründen stark durch das Nachlassen jeglicher Konzerttätigkeit.

Der Lehrmittelverlag ist durch den Abbau der Kulturetats ganz besonders schwer betroffen. Er ist mit dem Absatz seiner Erzeugnisse hauptsächlich auf Unterrichtsstätten aller Art angewiesen. Auf seine Gefährdung, die in Betriebs-einschränkungen und Stilllegungen weitgehend zum Ausdruck kam — der Personalbestand ist gegenüber 1928 um die Hälfte vermindert; in allen Betrieben wird trotzdem nur stark gekürzt gearbeitet —, haben wir die zuständigen Stellen immer wieder hingewiesen. Die Vereinigung der Lehrmittelverleger hat nichts unversucht gelassen, um schlimmste Folgen abzuwenden. Das Ergebnis solchen Bemühens war aber im großen und ganzen gering. Verschärft wird die Situation dadurch, daß der Lehrmittelverlag in weitgehendem Maße vom Auslandsmarkt durch ausländische Konkurrenz verdrängt und durch Zollgesetze ausgeschaltet worden ist.

Die Lage im vertreibenden Buchhandel aller Zweige (Buch- und Musikalienfortiment, Kunst- und Lehrmittelhandel, Bahnhof-, Reise-, Versand- und Zeitschriftenhandel) ist allenthalben gleich schwierig und in ihren Grundzügen schon dargestellt. Zu ergänzen ist, daß auch im Antiquariat das Jahr besonders schwer war. Es fehlt an kaufkräftiger Kundschaft im In- und Ausland; die Etats der ausländischen Bibliotheken sind erheblich gekürzt; selbst von Amerika aus wird nur noch das notwendigste bestellt. Die Herstellung von Antiquariatskatalogen lohnt kaum noch.

Die Berichte des Barfortiments und des Kommissionsplatzes weisen die gleichen düsteren Farben auf wie die übrigen. Das Barfortiment hat gegen Ende des Jahres Umsatzeinbußen erlitten, wie sie in seiner achtzigjährigen Geschichte noch nicht vorgekommen sind. Sie erklären sich nur zum Teil aus der Verbilligung der Bücherpreise. Der Ausfall ist wesentlich bedeutender, als er hierdurch bedingt wäre. Das zeigt auch der Rückgang der Fakturermenge, der Pakete und des Gewichtes. Die Erhöhung der Umsatzsteuer wirkt sich gerade beim Barfortiment aufs nachteiligste aus. Zahlungseinstellungen und Vergleichsverfahren bringen Verluste, die zusammen mit den übrigen Faktoren jegliche Gewinnaussicht vernichten.

Nicht viel anders sieht es bei den Kommissionsfirmen aus. Sie sind infolge der Devisengesetzgebung von einigen wichtigen außerdeutschen Absatzgebieten fast völlig abgesperrt. Die Umsätze werden immer niedriger; die Aufkosten können aber nicht in gleichem Maße gesenkt werden. Namentlich ein bestimmter Angestelltenapparat muß durchgehalten werden. Die Schwierigkeiten der Banken in den Monaten Juli und August störten die Kommissionär- und BAO-Abrechnung empfindlich. Diese litt vorübergehend unter der Unmöglichkeit, für das Sortiment in den Krisenwochen die für die Lastzettel erforderliche Deckung anzuschaffen und mußte daher abgeändert werden.

Der Bericht wäre unvollständig, wenn er nicht noch der besonderen Verhältnisse gedächte, welche die Lage in den Gebieten der dem Börsenverein angeschlossenen ausländischen Verbände beherrschen. Zur Ungunsten der wirtschaftlichen kommen bei manchen von ihnen die besonderen politischen und kulturpolitischen Umstände. Wir brauchen nur auf die Verschlechterung der Ausfuhr nach Estland und Lettland zu verweisen. Die Stellung des deutschen Buchhandels in diesen Ländern, ebenso wie in Litauen und Polen, hat sich außerordentlich verschlimmert und bedarf größtmöglicher Rücksichtnahme. Die Verlegermitglieder des Börsenvereins mögen dessen eingedenk sein.

Die Lage des österreichischen und ungarischen Buchhandels wird zur Genüge beleuchtet, wenn wir auf die Abschnürung dieser Länder durch ihre eigenen Devisenvorschriften verweisen. Für Ungarn wirkt sie sich nicht ganz so hemmend aus wie für Österreich, wie überhaupt gerade die Verhältnisse des österreichischen Buchhandels aus den verschiedensten Gründen allgemein wirtschaftlicher und politischer Art besonders angespannt sind.

Selbst die Buchhändler in der Schweiz, dem Land, das den Stürmen der Nachkriegszeit noch mit am besten standgehalten hat, klagen in diesem Jahr über ein erhebliches Nachlassen ihrer Umsätze, wobei wesentlich allerdings der Preisrückgang ins Gewicht fällt.

Ähnlich lauten die Meldungen aus dem Saargebiet und aus der Tschechoslowakei.

Wir sind uns bewusst, noch in keinem der gewiß doch nicht leichten Nachkriegsjahre einen Bericht von gleich düsterer Grundstimmung erstattet zu haben. Es wäre aber gefährliche Selbsttäuschung, die Dinge anders zu sehen, als sie in Wirklichkeit sind. Die Auslassungen der übrigen Wirtschaftszweige lauten nicht besser. Schon in der gemeinschaftlichen Erklärung deutscher Wirtschaftsverbände vom 29. September 1931 heißt es:

»Das deutsche Volk steht vor der Erschöpfung seiner wirtschaftlichen Kräfte. Wenn es nicht gelingt, noch im letzten Augenblick durch ein entschlossenes Eingreifen eine neue Steigerung der Arbeitslosigkeit zu verhüten und die Grundlage für ihre dauernde Verminderung zu schaffen, drohen unserem Vaterlande die schwersten Gefahren für alle materiellen, ideellen und kulturellen Werte der Nation. Der Zustand der deutschen Wirtschaft ist so bitter ernst, die Kapitalzerstörung und die innere Aushöhlung der wirtschaftlichen Substanz ist so weit fortgeschritten, daß ein Ausweg nur noch möglich erscheint, wenn die Reichsregierung in kraftvoller Entschlossenheit und in voller Unabhängigkeit von Interessen- und Parteipolitik den Weg zu sofortigem Handeln findet.«

Seitdem aber ist es nicht besser, sondern immer schlechter geworden. Die Frage, wie sich alles wenden und gestalten soll, wird naturgemäß immer wieder erhoben, und die Stellungnahme wird je nach Veranlagung des Antwortgebers optimistisch oder pessimistisch sein. Eine solche nach objektiven Gesichtspunkten zu erteilen, ist schwer, wenn nicht unmöglich. Niemand, mag er von noch so gehobener Stellung aus die Wirtschaft überblicken, vermag den Schleier der Zukunft zu lüften. Nur eins steht mit absoluter Gewißheit fest: die deutsche Wirtschaft und jeder einzelne Zweig in ihr befindet sich in größter Not. Sie ist eine Gefahrengemeinschaft, in der es wie im Kriege gilt zusammenzustehen. Die Forderung der Rücksichtnahme in geschäftlichen Dingen, die Forderung nach Treu und Glauben im Geschäftsverkehr muß mit allem Nachdruck mehr als je erhoben werden.